

URSPRÜNGE, KONTEXTE UND ENTWICKLUNGSMUSTER DES TSCHECHISCHEN KAPITALISMUS

Einen hochinteressanten Beitrag zur interdisziplinären Kooperation von Ökonomen, Sozialwissenschaftlern und Historikern aus Ost und West stellte die von der Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung“ des Wissenschaftszentrums Berlin am 8. und 9. November 1996 in Berlin veranstaltete Tagung zum Thema „Ursprünge, Kontexte und Entwicklungsmuster des tschechischen Kapitalismus“ dar. Ausgangspunkt dieses Versuchs einer Historisierung aktueller Entwicklungen auf dem Gebiet der industriebetrieblchen Restrukturierung im Gesamtrahmen der Transformation in der Tschechischen Republik war, wie der Initiator und „spiritus rector“ der Tagung, Dirk Tänzler vom WZB, einleitend ausführte, die Beobachtung, daß der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft nicht bloß als Strukturbruch, gefolgt von einer uniformen „nachholenden Modernisierung“ zu verstehen sei. Im Postsozialismus können vielmehr recht unterschiedliche Transformationspfade beobachtet werden; insbesondere läßt sich von einem besonderen tschechischen Weg vom Sozialismus zum Kapitalismus sprechen. Die Suche nach den Wurzeln dieser Unterschiede in der Vorgeschichte des sozialistischen Ancien régime legte den Rekurs auf die Erste Tschechoslowakische Republik nahe.

Deren „politökonomische Konfiguration“ war, wie die Beiträge des ersten thematischen Blocks im einzelnen darlegten, durch eine Kombination von vergleichsweise fortgeschrittener industrieller Entwicklung, Marktwirtschaft, parlamentarischer Demokratie und prononciert korporatistischer Elemente charakterisiert. Wolfgang Sadler (Berlin) führte in die Geschichte der Industrialisierung in Böhmen ein, durch die seit dem späten 19. Jahrhundert das Gebiet der späteren Tschechoslowakei zu einer der wichtigsten und am weitesten fortgeschrittenen Industrieregionen der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde. Eduard Kubů (Prag) arbeitete zentrale Charakteristika des Verhältnisses von Staat, Banken und Industrie in der Ersten Republik heraus. Markant hierbei war insbesondere die außerordentlich enge Verflechtung des

Staates mit den nationaltschechischen Banken, wie sie die tschechische Wirtschaft auch heute wieder prägt – zwar keine direkten Kontinuitäten, aber doch ins Auge fallende Parallelen. Hinsichtlich der von Christoph Boyer (Dresden) thematisierten Rolle der Deutschen in der tschechoslowakischen Wirtschaft hingegen überwiegen die Unterschiede zwischen damals und heute. Der gegen den beträchtlichen deutschen ökonomischen Einfluß in der ČSR gerichtete tschechische Wirtschaftsnationalismus nährte sich aus einer nicht unberechtigten Furcht vor der besonders in den dreißiger Jahren evidenten Bedrohung der wirtschaftlichen und – in der Konsequenz – der politischen Selbständigkeit der Tschechoslowakei durch das Deutsche Reich und seine „Fünfte Kolonne“ im Land. Andererseits vertat die Republik auf diese Weise Chancen auf „Modernisierungsgewinne“ durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen. Dieses Dilemma dürfte sich heute entschärft haben: Politisch motivierte Vorbehalte gegen eine binationale Kooperation sind keineswegs völlig verschwunden, werden aber vermutlich in geringerem Umfang wirksam.

Gegenstand des zweiten Themenblocks waren die Spezifika der industriebetrieblchen Restrukturierung der tschechischen Wirtschaft und deren geschichtliche Grundlagen – deutlich wurde hier eine charakteristische Mischung von Neuansätzen und Kontinuitäten sowohl zur Zwischenkriegszeit wie auch zur Ära des Sozialismus. Durchwegs zeigten die Beiträge, daß es sich bei diesen historischen Voraussetzungen um bewahrenswertes Erbe wie um entwicklungshemmende Hypotheken gleichermaßen handeln kann. Jan Vláčils (Prag) Ausführungen über Arbeiter, Manager und industrielle Beziehungen im Sozialismus und in der Transformation arbeiteten heraus, wie die sozialpartnerschaftliche Einstellung der Manager, typisch für die tschechische politische Konsenskultur seit der Zwischenkriegszeit, dort zum Modernisierungshemmnis wird, wo sie mit (post-)sozialistischer Bürokratenmentalität und schwach entwickelter unternehmerischer Verantwortung paart. Jens Hanke (Bielefeld) spürte den Kontinuitäten zwischen den „Produktionswirtschaftlichen Einheiten“ – Äquivalent zu den DDR-Kombinaten – und aktuellen Zentralisierungstendenzen nach, Ulla Mense-Petermann (Magdeburg) beschrieb anhand einer Fallstudie den Weg eines Maschinenbaubetriebs vom Glied eines sozialistischen Konzernbetriebs zum Teilnehmer an einem deutsch-tschechischen Joint-venture. Dirk Tänzler (Berlin) und Ivana Mažálková (Prag) untersuchten am Beispiel eines Maschinenbaukonzerns die Auswirkungen des industriellen Umbaus vor allem im Hinblick auf die innerbetrieblichen Sozialverhältnisse. Die Umgliederung führt zu Konflikten um Leistungs- und Qualitätsstandards; die Kontrolle der Arbeiterschaft durch das Management wird intensiviert. Angeregt diskutiert wurde Tänzlers These, der aus dem Umbau resultierende Modernisierungsdruck werde als ausgesprochene „Modernisierungszumutung“ empfunden, weil die tschechische Arbeiterschaft durch unverkennbar vormoderne Züge – teilweise Verwurzelung im ländlichen Milieu – charakterisiert sei.

Der dritte Themenblock war zentralen makroökonomischen und ordnungspolitischen Aspekten der Entwicklung seit 1989, ihren Chancen wie ihren Gefahrenpotentialen gewidmet. Neben der Bestandsaufnahme spielte hier die Prognose eine wichtige Rolle. Ilja Srubar (Erlangen) kontrastierte die Transformationsverläufe in Tschechien und in den neuen Ländern der Bundesrepublik und arbeitete – bei ähnlichen

politischen und ökonomischen Ausgangsbedingungen – Unterschiede hinsichtlich der Modalitäten der Privatisierung, der sozialstrukturellen Verschiebungen sowie der Verteilung der Transformationsgewinne und -verluste auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen heraus. Franz X. Keilhofer (Warschau) legte in einer prägnanten Analyse der Wechselbeziehungen von Transformation und Ordnungspolitik den Finger auf gravierende ungelöste Strukturprobleme der Wirtschaft in Tschechien: die aus der sozialistischen Epoche resultierende ungesunde „großbetriebslastige“ Betriebsgrößenverteilung, deutliche Tendenzen zur Konzentration ökonomischer Macht und die nach wie vor typisch „sozialistische Branchenstruktur“ mit einem unverkennbaren Schwergewicht auf der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie unter Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion. War der Tenor von Keilhofers Ausführungen über die drohende Gefahr einer „Entwicklungsfalle“ – Niedriglohnland und verlängerte Werkbank des Westens – eher pessimistisch, so stellte Jiří Kosta (Frankfurt) der tschechischen Wirtschaft hinsichtlich der „Strukturanpassung“ eine im Vergleich zu anderen osteuropäischen Transformationsländern ausgesprochen günstige Langzeitprognose.

Die ebenso angeregte wie anregende, durch das „Samstagsmittag-Fallbeil“ nur mühsam zu kappende Schlußdiskussion kreiste in erster Linie um die „Keilhofer-Kosta-Kontroverse“. In dieser abschließenden Gesprächsrunde wurde immer wieder die Politik mit der Geschichte verklammert: So wurde etwa die Brücke geschlagen von der für die Ersten Republik charakteristischen intimen Verflechtung der Politik mit der Wirtschaft, insbesondere dem Bankenwesen, zum tschechischen Postsozialismus, für den – das thatcheristische Image der Klaus'schen Politik Lügen strafend – ähnliche Strukturzüge bezeichnend sind. Die Tagung hat zweierlei beispielhaft gezeigt: Historische Reflexion kann für die Lösung von Problemen der Gegenwart fruchtbar gemacht werden. Und: Der Blick über die Hecke der Disziplingrenzen in die benachbarten Schrebergärten lohnt sich.